

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt

abromeit@t-online.de
www.tristan-abromeit.de

4. Oktober 2006

Deutscher Bundestag
Petitionsauschuß
Die Vorsitzende
Frau Kersten Naumann
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Nachrichtlich an:
den Bundespräsidenten Herrn Dr. Horst Köhler
den Bundesratspräsidenten
Herrn Peter Harry Carstensen (bis Ende Oktober)
Herrn Harald Ringstorff (ab 1. November 2006)
die Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel
das Bundesverfassungsgericht
das Präsidium des Deutschen Bundestages
die Fraktionen des Deutschen Bundestages
die Fraktionen des Niedersächsischen Landtages
mein Ortsverband von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Öffentliche Petition Nr. 8

2-16-08-600-003506

„konstruktive Umlaufsicherung“

von Adolf Holland-Cunz

Meine „Hilfestellung bei der Bewertung ...“ vom 6. 12. 2005

Ihre Nachricht vom 27. 9. 2006

Umbenennung des Tages der deutschen Einheit
in Tag der Denkblockade des Deutschen Bundestages

Eine Rückmeldung und Themenbewältigung in vier Ansätzen

1. Einstimmung

Die pluralistische Gesellschaft, Demokratie genannt, ist ständig von der Gefahr der Selbstzerstörung bedroht. Da sie der ausschließliche Garant der persönlichen Freiheit ist, bedeutet ihr Untergang auch den unserer Freiheit. Aber der „freie“ Bürger hat sich bisher nur als ein schlechter Verteidiger dieser seiner Freiheit erwiesen.

...

So erhebt sich denn die Frage, wo liegen die letzten Ursachen für diese Anfälligkeit der Demokratie, der der Mensch doch sein köstlichstes Gut, die persönliche Freiheit verdankt? Sie liegen in ihrer derzeitigen mangelhaften Struktur. Um die Demokratie zu sichern, dazu bedarf es einer ihr gemäßen Ordnung. Und wenn schon Macht, dann nur die von innen gewachsene, gewaltige Macht, zu der sich eine von ihren Mängeln befreite Demokratie entwickeln kann.

Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl
in *Macht oder Geist – Die Frage unserer Zeit*
Telos – Sonderdruck, Berlin 1968

xxxxxxxxxxxx

1. Ansatz der Themenbewältigung

Sehr geehrte Frau Naumann!

Sie können sich denken, daß Ihre oben angeführte Nachricht mit der Anlage „Beschlußempfehlung“ (Pet 2-15-08-600 / Prot. 16/15) in mir keine Freude ausgelöst hat. Die Frage für mich ist, wie ich darauf angemessen und wirksam reagiere. Es steht ja nicht wenig auf dem Spiel. Darüber nachzudenken war gestern mein Beitrag zum Tag der Einheit. Politiker-Reden habe ich mir aber nicht angehört, um mir meine stille Freude über die Vereinigung der beiden deutschen Reststaaten nicht verderben zu lassen. Heute zeigt die Hannoversche Allgemeine Zeitung eine strahlende Kanzlerin von dem „Fest der Freude“ in Kiel. Eine lachende „Politikerin“ ist ein gutes Zeichen, denn ohne Lachen lassen sich politische Probleme noch schwerer lösen, denn ohne die Sonne des Lachens verkrampft sich das Denken, frieren die Gedanken ein. Ja, und dann kommen Ergebnisse raus, wie sie in der Entscheidung des Petitionsausschusses zum Ausdruck kommen.

Auf der gleichen Seite der HAZ mit der lachenden Angela Merkel befindet sich auch die Schlagzeile „Am Tag der Einheit rollt der Rubel“. Es handelt sich um einen Bericht über den Empfang des Botschafters Walter Jürgen Schmid und des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff in Moskau für eine Wirtschaftsdelegation aus Niedersachsen.

In dem Spruch „Der Rubel muß rollen!“ oder in der Entsprechung „Taler, Taler du mußt wandern von dem einen zu dem anderen!“ kommt eine alte Volksweisheit zum Ausdruck, die Ge-

genstand der Petition war und einfach (nicht zum ersten Mal) vom Petitionsausschuß abgeschmettert wurde.¹

Bei meiner Absenderangabe „Gorch-Fock-Weg“ fällt den meisten das Segelschulschiff der Bundesmarine ein, mir ist heute morgen aber der Dichter wieder in den Sinn gekommen. Ich muß aber gestehen, daß ich von ihm wenig, von seinem Bruder Rudolf Kinau mehr gelesen (und gehört) habe. Aber eine Szene aus einem Stück von Gorch-Fock stand mir vor dem geistigen Auge: Ein Kriegsschiff ist im Gefecht angeschlagen und sinkt. Ein Matrose hört, wie von innen Kameraden gegen ein von außen verschlossenen Schott klopfen und um Hilfe rufen. Zwischen dem Matrosen, der die Situation der Eingeschlossenen erfaßt hat und ihm, ist ein glühend heißes Deck. Er weiß, wenn er hilft, dann wird das vermutlich sein Untergang sein. Er opfert sich um zu helfen. Mir ging der Gedanke durch den Kopf, ob ich – ins Politische übertragen – der Beobachter bin und das Parlament die Eingeschlossenen. Wenn ja, wie sieht mein glühend heißes Deck aus? Und: Hätte ich den Mut, mir darauf die Füße weg schmoren zu lassen? Oder würde ich mich selber retten und ins Wasser springen? Mir ging aber auch die Verwandtschaft der psychischen Konstellation des von Gorch Fock im Roman oder Gedicht beschriebenen Matrosen und den in der Wirklichkeit handelnden Selbstmordattentätern von heute auf. Natürlich gibt es in diesen Bildern auch einen Widerspruch, nämlich einmal die Selbstopferung - um andere zu retten - und zum anderen die Selbstopferung und den Tod von Unbeteiligten. Aber bei den Selbstmordattentätern ist ja offensichtlich die Einschätzung so, daß es gerechtfertigt ist, einige unfreiwillige Opfer zu produzieren, um das Los der großen Zahl von Menschen zu verbessern. Das ist ein Irrtum, aber der wird auch dadurch mit produziert, daß von keinem Staat auf dieser Welt der Pazifismus (in realistischer Form) zur politischen Handlungsmaxime erhoben wurde und pazifistische Strategien gegen politische und ökonomische Unterdrückungen vermutlich nirgendwo an einer Hochschule gelehrt werden. Es wird immer nur auf das Gewaltmonopol des Staates gepocht und die Privatisierung der Gewalt beklagt, ohne die Strukturen zu ändern, die die Gebärmutter von Gewalt sind. Wenn wir also die Welt friedlicher machen wollen, den terroristischen Extremismus und die Selbstmordattentate reduzieren wollen, dann müssen die lebensbedrohenden und Selbstachtung vernichtenden ausweglosen Situationen radikal reduzieren. Und diese Situationen würden reduziert, wenn dieses scheinbar unbedeutende ökonomische Detail „Umlaufsicherung des Geldes“ eingeführt würde. Der Bundestag – vertreten durch seinen Petitionsausschuß – er-

1 Siehe meinen Text Nr. 4.0 und 4.1 „Glasnost und Perestroika auch in der Bundesrepublik Deutschland“ vom Juni 1987.

weist sich aber mit der Weigerung, daß Thema auf die Tagesordnung zu setzen, als Zementierer der ökonomischen Verwerfungen bei uns und in der Welt und somit als Förderer des Terrorismus, des Zweifels am demokratischen System und der politischen Resignation (als Voraussetzung von politischer Gewalt).

xxxxxxx

2. Einstimmung

Alles kommt darauf an, die Nation zu gewöhnen, selbst ihre Geschäfte zu betreiben und nicht ihre wichtigsten Geschäfte besoldeten Mietlingen zu überlassen. Täglich überzeuge ich mich mehr von dem Schädlichen der Bürokratie, die alles regeln, die alles ordnen, ergreifen, alles wissen will und alles hindert. Hat man sich überzeugt, daß das Verdrängen der Nation von jeder Teilnahme an der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten den Gemeingeist erstickt und daß dessen Stelle eine Verwaltung durch besoldete Behörden nicht ersetzt, so muß eine Veränderung der Verfassung erfolgen. Man muß die Fesseln zerbrechen, durch welche die Bürokratie den Aufschwung der menschlichen Tätigkeit hemmt.

Frhr. vom Stein

Rapp S. 253

Aus: Fragen der Freiheit, Heft 118, Dez. 1975

>Was heißt „sozial“ in der „Sozialen Marktwirtschaft“

xxxxxxxxxxxxx

2. Ansatz der Themenbewältigung

Sehr geehrte Frau Naumann!

Es gibt Situationen im Leben, wo die Literatur Trost für den betrübten oder geknickten Menschen sein kann. Ich weiß nicht, ob die Bibel für den Christen, Das Kapital für den Marxisten noch ein Trostquelle ist. Mir erschließen sich in Situationen, wo ich einknicken möchte, weil ich den Eindruck bekomme, die Menschen haben Lust darauf, an ihrer Dummheit zu Grunde zu gehen, solche Autoren als Stütze, die einen freiheitlichen Geist vertreten. So ein Autor ist mir vorhin in Gestalt von Lepold Kohr, US-Amerikaner österreichischer Herkunft, eingefallen, als ich mich in resignierender Stimmung an meinen PC gesetzt habe. Ich lese in: „Weniger Staat – Gegen die Übergriffe der Obrigkeit“

... „Die Wahre Bedeutung des Begriffs Demokratie jedoch liegt nicht in der Regierung, sondern in der Freiheit, gegen die Regierung zu opponieren, in der Freiheit zur Opposition also. Und es ist ganz gleichgültig, ob die Regierung von wenigen oder

vom Volke ausgeübt wird, ein demokratischer Bürger darf gegen alle opponieren. Wollen wir daher messen, inwieweit ein Land demokratisch ist, müssen wir nicht messen, welche Rolle das Volks spielt. Sie mag noch so groß sein, und doch kann es eine Tyrannei sein. Wir müssen die Rolle der Opposition messen.“ ...

Und die Rolle der Opposition war bei uns in der Alt-BRD immer schon institutionell schwach ausgebildet. Mit Hilfe der 5%-Klausel, der praktizierten Art der Parteienfinanzierung und dem Fraktionszwang ist es gelungen, das Parlament zu einer Legitimationsmaschine für die Exekutive verkommen zu lassen. Und die Rolle der Opposition im Parlament habe ich schon vor Jahren als die eines zahnlosen Kettenhundes beschrieben. Solange man noch nicht weiß, daß der Hund keine Zähne hat, respektiert man noch die Reichweite der Kette. Nimmt man die Gebißlosigkeit wahr, fällt auch dieser Respekt. Die Wirkungslosigkeit der Opposition setzt sich außerhalb der Parlamente fort. Was haben wir nicht alles in unserer Republik gehabt: 68er-Bewegung, die APO, ja auch die Grünen, die nun ihren Platz von außerhalb nach innerhalb der Parlamente gewechselt haben, aber um den Preis, daß so gut wie nichts mehr gilt, wozu sie gegründet wurden. (Und dazu gehörte auch die Idee der Umlaufsicherung des Geldes, die von der freiwirtschaftlichen Urgründungsgruppe - dargestellt im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang - eingebracht wurde.)²

Und die Rolle der Opposition sowohl im Parlament wie außerhalb ist es eben, Fehler im System, den Sand im Getriebe, sichtbar zu machen und darauf hinzuwirken, daß die Exekutive die Fehler berichtigt. Ist das System nicht offen genug für Korrekturen, dann kommt es über kurze oder längere Zeit zur mehr oder weniger gewalttätigen Auflehnung. Der Bader-Mainhoff-Komplex z. B. wurde von den deutschen ignoranten Parlamenten verursacht, so wie der internationale Terrorismus von den unzulänglichen Gesetzgebungsmaschinen der Völkerfamilie verursacht wird.³ Die Terrorismusbekämpfung muß daher auch in erster Linie sein, Lösungen für gesellschaftliche und ökonomische Konflikte zu finden, ansonsten haut man einem Drachen einen Kopf ab, dem dafür zwei nachwachsen.

Ich habe nun unter www.bundestag.de nachgeschaut, mit wem ich es denn zu tun habe, wenn ich an die Abgeordnete Kersten Naumann schreibe. Es ist gut, daß ich mir auf diese Weise eine Vorstellung von Ihnen machen kann. Es stimmt gleich versöhnlicher, wenn man ein Bild

² Siehe dazu meinen Text „Der Dritte Weg“ mit der Nr. 2.0 auf meiner Internetseite. In diesen Tagen fiel mir wieder mein Offener Brief vom September 1971 an den Vorsitzenden der FDP-Programmkommission, Prof. Maihofer, Ex-Bundesminister, in die Hände. Auch hier spreche ich das Thema ohne Erfolg an. Ich füge den Text unter der Nr. 1.4 auf meine Internetseite ein.

³ Das darf nicht als Freibrief für Gewalttäter mißverstanden werden. Jeder Mensch bleibt verantwortlich für das, was er tut.

betrachten und die Lebensdaten aufnehmen kann. Mir fiel gleich die Frage ein, ob Sie in ihrer politischen Auseinandersetzung wohl schon mal versucht haben, Anleihen bei ihrem berühmten Namensvetter zu machen, nach dessen Namen die FDP ihre politische Stiftung benannt hat? Hier ein Hinweis aus meiner Arbeit „Das Boden(un)recht“ (Text 22.1 – 22.3) S. 107:

„Friedrich Naumann ist von der Universität Heidelberg wegen seiner weitverbreiteten Andachten 'Gotteshilfe' zum Ehrendoktor der Theologie ernannt worden: In ihnen finden wir folgende 'Bodenreform-Andacht':

'Wehe denen, die ein Haus an das andere ziehen und einen Acker zum anderen bringen, bis daß kein Raum mehr da sei, daß sie allein das Land besitzen. (Jesaja 5,8.) ...“

Daß Sie zur Fraktion Die Linke gehören ist für mich kein Problem, eher schon, daß Sie überhaupt zu einer Fraktion gehören, daß es Fraktionen überhaupt gibt, die jedenfalls im ursprünglichen Grundgesetz nicht vorgesehen waren. Ihre politischen Wurzeln in PDS und SED sind für mich auch nicht anstößig, auch wenn ich keine Sympathien für diese Parteien hatte und ich *Die Linke* nur aus strategischen Gründen und nicht wegen ihrer Inhalte wählen würde. Auch ist für mich klar, daß mir die Herrschaften von der SED nicht die Narrenfreiheit gewährt hätten, die ich im Westen gehabt habe und noch habe. Aber sollte das Hauptparlament der Deutschen Deutschland mal gegen die Wand fahren, dann werden sich im ganzen Land wieder Menschen einfinden, die die Rollen des Spitzels und Denunzianten für einen Staatssicherheitsdienstes wieder einnehmen. In der jüngsten Vergangenheit hat mir das Naserümpfen von Parlamentariern mit anderer Parteizugehörigkeit über Mitglieder der PDS geärgert, weil sie damit offenbarten, daß sie das SED-hafte in ihrem eigenen Wesen nicht erkannt haben. Wäre es anders, so hätten sie verschämt geschwiegen. Ich will ja keinen Haß und keine Abneigung gegen die west-deutschen Abgeordneten (in weiblicher und männlicher Form) predigen und es fällt mir leicht, Gutes über sie zu sagen, wo es etwas Gutes zu sagen gibt. Nur eins kann ich nicht sagen, nämlich, daß mein Eindruck der ist, daß Sie sich die Mitglieder der anderen Fraktionen - der SED oder der NSDAP verweigert hätten, wenn ihr Lebenslauf sie mit diesen Parteien in Verbindung gebracht hätte. Unser Selektionssystem für Mandatsträger filtert nach meinen Eindrücken jene Menschen aus, die ein Stückchen oder viel Macht wollen. Die sich für diese Macht (die meist auch noch eine Scheinmacht ist) verbiegen lassen und – sobald als möglich - andere verbiegen, aber nicht solche, die auf ihre Unabhängigkeit bestehen und die Freiheit und das Wohl für alle ermöglichen wollen. Dieses könnte man als Außenseitermeinung abtun; ich denke die Wahlverweigerung, die Einstellungen, die man von einzelnen Bürgern mitbekommt und die Ergebnisse der Sozialforschung sprechen dagegen. Der Bundestag befindet sich auf einer abschüssigen Ebene.

Schauen wir uns den Bundestag nüchtern an: Spätestens mit der Art der Vereinigung von DDR und BRD ist das Parlament eine verfassungsfeindliche Vereinigung geworden. Seine Demokratiefeindlichkeit hat der Bundestag bewiesen, als er uns den Euro aufgezwungen hat und die Europaverfassung aufdrücken wollte und auch bei der Föderalismusreform war der Bürger nicht gefragt. Die Haltung, die der Bundestag der Öffentlichkeit vermittelt, ist, daß es die Individuen und das Volk als Gesamtheit für zu dumm hält, ihre bzw. seine Angelegenheiten selbst zu regeln. Ihr schlechtes Gewissen kompensieren die Mitglieder des Bundestages mit einer Flut von Gesetzen – worüber sich sogar ein Verfassungsrichter beklagte und was meines Erachtens auch ein Zeichen dafür ist, daß der Bundestag selber nicht mehr versteht, was er beschließt. Was der Bundestag zu wollen scheint, ist die Legitimation durch den manipulierten Wähler, am besten per Einzugsauftrag oder wie den Kirchensteuereinzug, dann braucht man die BürgerInnen nicht mehr wegen der „Wahlpflicht“ zu bearbeiten und auch kein Glaubensbekenntnis zur FdGO abverlangen.

Seine Freiheitsfeindlichkeit beweist der Bundestag und beweisen die Landesparlamente dadurch, daß sie die Bildung nicht aus den Krallen der Politik entlassen. Da ist Jahrzehnte lang über die ökonomische Schwäche und die Freiheitsfeindlichkeit des Kommunismus hergezogen worden und in Bildung, soll der Kommunismus bei uns das Gegenteil beweisen.⁴ Wo sind die Ansätze zu einem freiheitlichen Bildungswesen aus der Gründerzeit der Grünen geblieben? Habe ich nicht mitbekommen, daß die FDP ihre erkonservative Haltung in Sachen Bildung aufgegeben hat? Und den Begriff „sozial“ verstehen die Parlamente und ihr Unterbau in Form der politischen Parteien als das Recht, die Arbeitnehmer in einem wesentlichen Teil ihrer Ökonomie zu entmündigen. Nein, die Osis brauchen sich vor den Wessis nicht zu ducken. Die SED haben wir auch schon immer gehabt, nur ein bißchen raffinierter als jene im Osten. Uns wurde die Narrenfreiheit gewährt. Meine Bewertung der im Westen gegründeten Parteien: Die CDU ist aus Unverständnis und aus Gründen der Restauration vom Beginn der BRD an ein Saboteur des Modells *Soziale Marktwirtschaft* gewesen, obwohl sie sich als ihr Förderer ausgibt. Die FDP ist eine Fehlbesetzung der Position Liberalität und eine Gefährdung für das marktwirtschaftliche Modell, weil sie sich weigert, sich mit den Bedingungen für eine funktionierende Marktwirtschaft auseinander zu setzen. Was heute unter dem Begriff „neoliberal“ gehandelt wird, ist entgegengesetzt von dem, was die Freiburger Schule einst unter „neoliberal“ verstand. Die FDP verwechselt ständig liberal mit Teilhabe am Parteienkartell. Die SPD,

4 Der sogenannte Föderalismus ist kein Gegenbeweis, sondern verdeutlicht nur die Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den zentralverwaltungswirtschaftlichen Einheiten in der Anzahl der Bundesländer. Auch die Einfügung einiger privatrechtlicher Elemente macht noch kein freiheitliches Bildungswesen aus.

die Partei mit der Gesinnung eines Knechtes, der zum Gutsverwalter aufgestiegen ist und der danach seine Leidensgenossen als „Untergebene“ erlebt und jetzt das Recht sich anmaßt, den Mägden und Knechten abzuverlangen und zuzuteilen, was nach seinem Gusto erforderlich erscheint. Die SPD ist – als Person gesehen – eine tragische Figur, die ewig versucht, mit falschen Instrumenten zu den richtigen Ergebnissen zu kommen. Ja und dann haben wir ja auch noch das Bündnis 90 / DIE GRÜNEN. Zu dem Anteil von Bündnis 90 an dieser Partei mag ich nichts sagen, seine Rolle kenne ich zu wenig. Zu den Grünen selbst kann ich als Gründungsmitglied nur sagen, daß sie in Bezug auf die Gestaltung der Gesellschaft und Weiterentwicklung unserer Demokratie ein Flop sind.⁵ Hinter so einem Prozeß der Fehlentwicklung einer Partei, muß man keine Verschwörung und auch keinen bösen Willen vermuten. Wenn Menschen mit unterschiedlichen Leitbildern eine politische Vereinigung bilden, dann kann das Endergebnis nicht durch Abstimmungssiege in Versammlungen bestimmt werden.

Und in Anlehnung an den Spruch von dem Menschen der nichts wird, wird Wirt, kann doch gesagt werden, wer im Bundestag ausgedient hat und dort nichts mehr wird, der wird Mitglied im Europaparlament, um die Idee und die Realität vom vereinigten Europa zu bürokratisieren. Es lebe das untergegangene und wieder auferstehende Moskau im Doppelpack. Wir dürfen stolz sein, daß unser Moskau in Belgien liegt.

Och ja, dann gibt es ja auch noch die NPD in zwei Landtagen. Es macht sich nicht gut, wenn man eine aufkommende Konkurrenz – und sei sie noch so häßlich – mit einem Verbot ausschalten will. Wenn einem die Raumtemperatur nicht paßt, dann ist es unklug, das Thermometer zu zerschlagen. Es ist klüger die Heizung zu regulieren. Extremparteien haben die wichtige Funktion des Thermometers. Für die Raumtemperatur sind die politischen Kräfte der Mitte zuständig.

Zurück zu der Petition. Wenn mein Eindruck vom Bundestag auch nur ein wenig realistisch ist, kann man von ihm in seiner jetzigen Verfassung nicht erwarten, daß er wirklich Wesentliches und Neues zu Stande bringt. Wie ein Wunder wird es einst wirken, wenn der Bundestag von wirklich freien Mitgliedern, die nur ihrem Gewissen und ihrem Verstand verpflichtet

5 Auch in der Vereinigungszeit der beiden Republiken standen die Grünen für wesentlich Neues nicht zur Verfügung. Weil die Linken in den Grünen sich mit den Genossen in der DDR verwandt fühlten, waren sie wie gelähmt, als denen die Felle wegschwammen. Letztlich haben die Grünen nur geholfen, die verrotteten Strukturen der BRD auf das Gebiet der ehemaligen DDR zu übertragen. Meine Position dazu vom Dezember 1989 ist in „Darauf kommt es an! ...“ (Text 6.1 – 6.3.) nachzulesen.

sind, bevölkert sein wird. Was der Volkskammer passiert ist, wird auch dem Bundestag passieren, das ist für mich sicher. Auch wenn ich am Horizont schwache Konturen einer neuen gedanklichen Neuformulierung von Demokratie und ein praktisches Modell einer andersartigen Mitgliederselektion für unsere Parlamente sehe, bin ich mir unsicher, wie das passieren könnte.

Daß der Petitionsausschuß sich vor den Entscheidungen über die Petitionen beraten läßt, ist klug und eigentlich selbstverständlich. Aber die wirkliche Klugheit offenbart sich erst bei der Wahl der Ratgeber. Was hätten Sie von einem ehemaligen DDR-Ministerium bei einer Anfrage erwartet, die die Vorstellungen von der Ökonomie der Regierung in den Zweifel zieht. Die Ministerien im „freiheitlichen“ Westen (oder heute Deutschland) sind genauso Systemstabilisierer und Herrschaftsapparate wie in der untergegangenen DDR – nur ein bißchen anders. Diese Apparate werden für das Volk nur etwas tun, wenn es ihnen selber nützt. Der vermutlich inzwischen verstorbenen Staatswissenschaftler Erich Reigrotzki sprach in diesem Zusammenhang von dem Institutionsabsolutismus.

Die Finanzministerien haben sich zu den größten Raubritterburgen entwickelt, die Deutschland je gesehen hat. Und die Finanzpolitiker, der Finanzminister und die Finanzbürokratie sind in der Regel davon überzeugt, daß sie die Bürger zu deren Wohl ausrauben. Um keinen Zweifel am eigenen Selbstverständnis aufkommen zu lassen, müssen sich Räuber mit anderen Räufern solidarisieren. Da der Raub mittels Steuern nicht sichtbar wird, soll auch der Raub durch Zinsen nicht sichtbar werden. In den letzten Tagen las ich folgende Zeilen in einer Schrift, die den Titel „Wandlungen des ökonomischen Weltbildes“ trägt und mit dem Autorennamen Herbert K. R. Müller gekennzeichnet und wohl 1956 erschienen ist.

Der Staat als Investor

Schließlich dürfen wir nicht übersehen, daß es zum Bestandteil der heutigen kapitalistischen Konjunkturpolitik gehört, bei einem Nachlassen der Investitionstätigkeit notfalls den Staat als Investor einzuschalten. Der weitest-
aus größte Teil der Investitionen wird heute bereits durch indirektes
Zwangssparen finanziert, indem der Staat überhöhte Steuern
kassiert und aus diesen Einnahmen Kredite für Neuinvestitionen, ins-
besondere für den Wohnungsbau, zur Verfügung stellt. Der staatliche Anteil
an der Investitionsfinanzierung aus Steuermitteln, aus Mitteln der Sozial-
versicherung und des Lastenausgleichs beträgt z. Zt. bei uns etwa 45 %

gegenüber 8 % im Durchschnitt der Jahre 1924 und etwa 1 % vor 1914.

Auch in anderen Ländern wird ähnlich verfahren. In den USA hat der Staat im Laufe der Zeit 250 Milliarden Dollar = etwa eine Billion DM an verzinslichen Schulden aufgenommen und dieses Geld in Investitionen gesteckt.

Der moderne Kapitalismus weiß sich jedenfalls nach jeder Richtung hin vor der tödlichen Gefahr einer neuen großen Wirtschaftskrise zu schützen, deren Ursachen monetärer Art sind oder auf einen Zerfall des Zinses zurückgehen. Es wäre jedenfalls eine Naivität in höchster Potenz, wenn jemand des Glaubens wäre, daß bald oder in absehbarer Zukunft aus monetären Gründen eine allgemeine Wirtschaftskrise in der Größenordnung der 30er Jahre über die kapitalistische Welt hereinbrechen wird.

Wenn die Zahlen, die Müller angibt, fortgeschrieben werden, sind Ergebnisse für die Zeit danach bestimmt nicht besser. Es wäre gesondert zu diskutieren, ob nach 50 Jahren Müllers „absehbare Zukunft“ abgelaufen ist und jene, die die Gefahr, die vom Finanzsystem ausgeht, thematisieren auch heute noch als naiv bezeichnet werden können. Für mich geht aus dem Text von Müller hervor, daß die Gefahr für eine der Freiheit und dem Wohlstand verpflichtete Ökonomie eben nicht nur von jenen Zeitgenossen ausgeht, die ihre Glückseligkeit in einer möglichst hohen Staatsquote sehen, sondern eben auch von jenen „Marktwirtschaftlern“, die sich zu wenig Gedanken machen, unter welchen Bedingungen das Sayesche Theorem, das sich die Produktion die eigene Nachfrage schaffe, Gültigkeit erhält und darum – vor allem wenn es um Aufträge für den eigenen Betrieb, für das eigene Klientel geht – für Staatsinvestitionen entscheiden. Wir sind aber damit wieder beim Thema der Petition, bei der Umlaufsicherung des Geldes. Nur wenn das Geld konstant kreist, kann Einkommen wieder zur Nachfrage und damit zur Vollbeschäftigung werden.

Die Themen sind alt. Die Ignoranz der Wirtschaftspolitik hat einen langen Bart aber auch ihre Gründe. Ich lese in Ökonomen aus drei Jahrhunderten von dem Russen A.W. Anikin (ein Buch noch aus einem DDR-Verlag) im 11. Kapitel „Das Genie aus der City: David Ricardo“ (1772 – 1823) im folgenden Abschnitt:

Das Problem der Geldzirkulation

Marx berichtet, wie in einer Parlamentsdebatte über Sir Robert Peels Bankakte von 1844 und 1845 der spätere Premier Gladston bemerkt habe, die Liebe selbst habe nicht mehr Menschen zum Narren gemacht

als das Grübeln über das Wesen des Geldes.

...

Ricardo beschränkte sich nicht auf die Kritik am damaligen System der Geldzirkulation, sondern arbeitete ein positives Programm aus.

...

... eine stabile Geldzirkulation ist eine wesentliche Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum ... (S. 241 f.)

Aber schon früher im Kapitel 4 über Boisguillebert (1646 – 1714) ist zu lesen:

Marx schrieb, daß sich der Begriff *laissez faire, laissez passer* bei Boisguillebert noch nicht durch jenen Individualismus des kapitalistischen Unternehmers auszeichnet, den man ihm später verliehen hat.

„Bei ihm, wie später bei den Physiokraten, hat diese Lehre noch etwas Menschliches und Bedeutendes. Menschliches im Gegensatz zu der Wirtschaft des alten Staats, der seine Kasse durch die unnatürlichsten Mittel zu bereichern suchte. Bedeutendes als erster Versuch, das bürgerliche Leben zu emanzipieren. Es mußte aber emanzipiert werden, um zu zeigen, was es ist.

Doch war Boisguillebert nicht dagegen, daß der Staat ökonomische Funktionen ausübe. Einem Realisten und Praktiker wie ihm wäre das ganz sinnlos erschienen. Er meinte, daß der Staat besonders mit einer vernünftigen Steuerpolitik Nachfrage und Verbrauch fördern könne.

Boisguillebert verstand, daß Absatz und Produktion der Waren ins Stocken geraten müßten, wenn die Verbraucherausgaben stagnierten. Und das geschähe nicht, wenn die kleinen Bauern mehr verdienten und weniger Steuern leisten müßten, denn sie neigten dazu, ihre Einnahmen schnell auszugeben. Dagegen neigten die Reichen dazu, ihre Einnahmen zu sparen, so daß die Schwierigkeiten im Absatz der Erzeugnisse zunähmen. (S. 104

Ich gehe aber davon aus, daß Boisguillebert hier von einem Etatisten interpretiert wird, denn ich lese bei:

Santiago Fernandes

„L'agent criminel“ - „Kriminelles Geld“

Keynes, Proudhon, Gesell, Boisguillebert - vier nicht-marxistische Sozialisten in ihrem Ringen um eine Welt mit wirtschaftlichem Gleichgewicht (im Abschnitt 5 BOISGUILLEBERT und das „kriminelle Geld“⁶:

Gehen wir einmal weiter zurück - vor die Zeit des MALTHUS' - zu den Arbeiten

6 „zeitschrift für sozialökonomie 49. Folge, 17. Jahrgang, Juni 1981

von Pierre le Pesant de BOISGUILLEBERT (1645 - 1714), so können wir feststellen, daß es nicht darum geht, ob RICARDO oder MARX ausschlaggebend ist, sondern vielmehr darum, daß ganz allgemein Adam SMITH, statt BOISGUILLEBERT für den Begründer der politischen Ökonomie gehalten wird. Nach meiner Meinung gebührt diese Ehre BOISGUILLEBERT, dem großen Vorläufer von PROUDHON, GESELL und KEYNES, der - ohne es zu wissen - die künftigen klassischen und marxistischen Irrlehren der Goldwährung und über den Zins angriff.

Die Verwirklichung von BOISGUILLEBERTs Idee von einem Geld als „perpetuum mobile“ ist durch die von GESELL vorgeschlagene „Geldsteuer“ - oder „Beförderungskosten“ („carrying cost“), wie KEYNES sagt - in greifbare Nähe gerückt, womit die „Liquiditätsfalle“ des (heutigen) hortbaren Geldes ausgeschaltet würde. Damit bekämen wir „la monnaie fondante“, wie der Franzose sagt (oder „Schwundgeld“, wie es - leider mißverständlich - im Deutschen heißt). Ein solches Geldkonzept widerspräche dem herrschenden Währungs- und Bankensystem unter der Ägide des Internationalen Währungsfonds. Dieses System gab dem US-Dollar das Privileg, internationale Leitwährung („monnaie de reference“) und Reservewährung par excellence zu sein, unlängst auch einigen europäischen Währungen.

Diese Reservewährungen, die das Gleichgewicht zerstören, sind gleich jenen, die nach BOISGUILLEBERTs Analyse des Geldes als „kriminelles Geld“ (l'argent criminel) eingestuft werden. Ich glaube hierfür den Beweis geliefert zu haben in meinem Beitrag zum Kolloquium über BOISGUILLEBERT in Rouen (1975) ...

Was mir im Themenzusammenhang wichtig erscheint, ist, daß Institutionen wie Ministerien und auch Hochschulen, die nicht abhängig sind vom Verkauf ihrer Leistungen - sondern einfach ihre Kosten via Staat auf das Volk abwälzen können - die Neigung haben, sich geistig zu isolieren. Sie üben keine Zensur aus, aber sie wählen nur Mitarbeiter aus, die ihres Geistes sind und somit die Zensurfunktion ohne Willensakt gegenüber anders Denkenden ausüben. Dem BMF mit Finanzfragen zu kommen, die nicht hausintern ausgebrütet oder vorher implantiert wurden, ist so, als wenn man einen Hehler fragen würde, ob er seine Ware rechtmäßig verkauft. Die Antworten mögen sich nicht decken, die Einschätzung daß die eigene Version der Sichtweise die richtige ist, wird man in beiden Fällen antreffen.

Eigentlich sollte man ja meinen, daß sich ein Ministerium über einen Vorschlag freuen würde, der auch den Staat von Zinskosten entlastet würde. Bei einem privaten Schuldner wäre Freude im Regelfall anzutreffen. Da die Zinskosten des Staates von den leitenden Herren im Finanzministerium ja nicht persönlich getragen werden müssen, wird ihnen ihr Rechthaben vermutlich mehr wert sein, als eine Entlastung der Staatskassen.

Daß ein Petent die Schädlichkeit eines ökonomischen Strukturfehlers erkennt, aber nicht den ganzen ökonomischen Komplex in seiner Entstehung und Wirkung erklären kann, sollte man ihm nicht als Schwäche seines Antrages ankreiden. Bei Adolf Holland-Cunz stand der Zins im Vordergrund, aber genauso wichtig ist ja die Umlaufsicherung als Instrument zur Einführung der Vollbeschäftigung, also des Abbaus der Arbeitslosigkeit. Natürlich kann der Bundestag nicht einfach eine Empfehlung, die in einer Petition vorgetragen wird, in Gesetzesform gießen. Wozu der Bundestag besonders auf dem Hintergrund des Scheiterns aller bisher angewandten Ökonomierezepte verpflichtet ist, daß er Vorschläge zur Behebung schwerwiegender ökonomischer Probleme gründlich prüft und dabei die Prüfung nicht an den eigenen Verständnisbarrieren scheitern läßt. Macht der Bundestag das nicht, wird er auch hier zum Grundgesetzbrecher, denn die Mitglieder haben sich nach meiner Kenntnislage verpflichtet, den Schaden vom Volk abzuhalten und den Nutzen des Volkes zu mehren und nicht umgekehrt.

xxxxxxx

3. Einstimmung

Obleich oft durch Gewohnheit, Aberglauben und Selbstsucht auf das ärgste verzerrt, bildet das Gerechtigkeitsgefühl doch die Grundlage des menschlichen Geistes, und welcher Streit immer die Leidenschaften erregen mag - der Konflikt wird sich nicht so sehr um die Frage: »Ist es weise?« drehen, wie um die Frage: »Ist es recht?«

Die Neigung der Erörterung des Volkes, eine ethische Form anzunehmen, hat ihren Grund. Sie entspringt einem Gesetze des menschlichen Geistes; sie beruht auf einer vagen und instinktiven Anerkennung dessen, was vielleicht die tiefste Wahrheit ist, die wir zu erfassen vermögen. Weise ist nur, was gerecht ist; dauernd ist nur, was recht ist.

Henry George

Aus: Fragen der Freiheit / Heft 245, Okt.-Dez. 1997
>Fortschritt und Armut - Leben und Werk Henry Georges -

xxxxxxxxx

3. Ansatz der Themenbewältigung

Sehr geehrte Frau Naumann,
ich gehe davon aus, daß die Entscheidung des Petitionsausschusses eine Mehrheitsentscheidung ist und nicht unbedingt Ihre persönliche Einstellung wiedergibt. Auch kann ich mir vor-

stellen, daß die Einrichtung der Öffentlichen Petition mehr Arbeit mit sich bringt, als vorher geschätzt wurde. Und ich vermute, daß manches Petitionsverfahren nur mit Unbehagen des Ausschusses abgeschlossen wird, weil er an die Grenzen seines Urteils- oder Gestaltungsvermögens gelangt ist. Wenn ich die Frage (und die Folgefragen), um die es hier geht von geringerer Wichtigkeit halten würde, hätte ich resignierend meine Achsel gezuckt und wäre zur Tagesordnung eines Hausmannes übergegangen. Das kann ich aber mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, also nehme einen dritten Anlauf, um Ihnen und allen Mitlesern das zu verdeutlichen.

Ich gehe jetzt den Text des Protokolls Nr. 1615 durch und kommentiere die mir wichtigen Absätze. Den Text des Ausschusses gebe ich wie alle anderen Zitate zentrisch, einzeilig und in der Schrift Book Antiqua wieder. Meine Einfügungen setze ich linksbündig, 1 ½ -zeilig und in der Schrift *Times New Roman*.

-128-

Prot. Nr. 16/15

Pet 2-15-08-600

Finanzpolitik

Beschlussempfehlung

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

Begründung

Mit der Petition wird eine gesetzliche Regelung gefordert, mit der Artikel 14 Abs. 2 Grundgesetz („Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“) besser zur Geltung verholfen werden soll, indem die durch Guthabenzinsen bedingte Umverteilung von Arm zu Reich z. B. durch eine konstruktive Umlaufsicherung gestoppt werde.

Ich habe nichts von einem dem Thema angemessenem Anhörungsverfahren gehört. Hätte es stattgefunden, hätte eine Präzisierung des Antrages stattfinden können. Es geht nicht nur um die Guthabenzinsen sondern auch um die Schuldzinsen. Die einen bereichern, die anderen entreichern, die einen füllen die Kasse der Haushalte ohne Bedarf, die anderen reduzieren das verfügbare Einkommen von Haushalten mit Bedarf. Es geht auch nicht nur um den Einkommenstransfer von Arm nach Reich, sondern auch um die Wettbewerbsverzerrungen zwischen Unternehmen mit guter Eigenkapitalausstattung und jenen mit hohem Fremdkapitalanteil.

Dann wird bei der Diskussion über die Lohn- und Lohnnebenkosten ständig übersehen, daß bei den Unternehmen der Druck durch die Kapitalkosten wesentlich mehr gestiegen ist als durch die Lohnkosten. Bei den Produktionsunternehmen stiegen von 1988 bis 1992 die Lohnkosten um 32%, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit um 20% und die gezahlten Schuldzinsen um 92 %.^{7 8} Weiter, es geht nicht nur um den Einkommenstransfer, sondern auch um die Beschäftigung, also den Abbau der Arbeitslosigkeit, die eine Minderung der Grundrechte darstellt. Nach Aussagen des tödlich verunglückten Dieter Suhr, er war Professor der Rechte und Verfassungsrichter, ist der Zins nicht mit der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes vereinbar. Er war aber der Meinung, daß noch ein gutes Stück Aufklärungsarbeit zu leisten sei, bis sich diese Einsicht allgemein durchsetzen würde.

Die Regelung solle innerhalb von zwei Jahren geschaffen werden.

Technisch wäre die Frist von zwei Jahren durchaus einzuhalten. Es ist genügend technische Intelligenz in den Zentralbanken vorhanden, um so etwas in diesem Zeitraum zu organisieren. Es ist bisher aber schlechter Stil der politischen Klasse bei uns, daß die Politik ohne BürgerInnen gemacht wurde. Eine Epoche machende Änderung in der Währungsverfassung sollte daher mit ausreichender Aufklärung – nicht im Sinne von Propaganda, sondern als Erarbeitung der Sachzusammenhänge – verbunden werden. Und da habe ich meine Zweifel, ob zwei Jahre ausreichen.

Der Petent führt an, dass der Deutsche Staat 1,4 Billionen Euro Schulden habe und dafür 80 Milliarden Euro Zinsen zahlen müsse. Die Wirtschaft habe noch einmal doppelt so viele Schulden, auch immer mehr private Haushalte seien überschuldet. Die Guthabenzinsen, die die Gläubiger erhielten, würden zu 96% in die reichere Bevölkerungshälfte fließen. Die reichsten 10% würden 47% der Zinsen erhalten, wobei die 200.000 Superreichen lt. „Fairconomy 1/2005“ nicht erfasst seien. Jährlich würden über 300 Milliarden Euro von den Arbeitenden zu den Besitzenden wandern.

7 Helmut Creutz, Die 29 Irrtümer rund ums Geld, 2004, S. 148.

8 Bei den Lohnnebenkosten, also den Kosten des Sozialversicherungssystems wird nur selten oder gar nicht erwähnt: a) Die hohen Kapitalkosten des Gesundheitswesens, die aus den Beiträgen bezahlt werden müssen. b) Die versicherungsfremden Leistungen und die Leistungen ohne Vorleistungen, die der Gesetzgeber den Sozialversicherungen aufgedrückt hat. c) Die Kosten der Arbeitslosigkeit (Beitragsausfall und Inanspruchnahme von Leistungen), die nicht vom lieben Gott, sondern vom Bundestag verursacht werden, weil der nicht die „konstruktive Umlaufsicherung“ des Geldes eingeführt hat. c) Lohnnebenkosten sind Löhne anderer Art. Eine Finanzierung der Lohnnebenkosten durch die Steuer ist ein Eingriff in die Eigentumsrechte der Arbeitnehmer mit der Wirkung der Lohnkürzung, eine Bereicherung der Unternehmen, eine Teilselbstfinanzierung derjenigen, die einen Sozialtransfer bekommen, im Ausmaß von der Steuerart abhängig. Selbstverständlich kann man das Soziale Netz von den Arbeitsverträgen abkoppeln und hierdurch auch einen Beitrag zum Abbau von Schwarzarbeit leisten, aber bezahlt werden muß auch ein solches Sicherungssystem aus dem Arbeitseinkommen. Unter den gegebenen Bedingungen stehen nicht die großen Geldvermögen zur Mitfinanzierung der Sozialkosten zur Verfügung.

noch Pet 2-15-08-600-

Da die Zinsen von allen über die Preise und über die Steuern gezahlt würden, und die Eigentümer großer Anlagevermögen bedient würden, sei dies eine Umverteilung von unten nach oben, die durch die Einkommensteuerprogression und durch die Zinsabschlagsteuer nicht ausgeglichen würde.

Im Ergebnis verletze das Zinssystem das Grundgesetz, da es eine Minderheit fördere und die Allgemeinheit schädige.

Siehe dazu meine Anmerkungen weiter oben. Hier noch ein anderer Hinweis: Da wir uns als Leistungsgesellschaft verstehen und die Marktwirtschaft ein System des Leistungsaustausches ist, ist das Kapitaleinkommen, das ein leistungsloses Einkommen ist, ein Fremdkörper in diesem System besonders dann, wenn es nicht Ausdruck eines Mangels, sondern die Folge von natürlichen und künstlichen Monopolen ist.

Weitere Hilfen und Ausführungen könnten von den in der Petition genannten, dem Zinsgeldsystem kritisch gegenüberstehenden Gruppen, gegeben werden.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition zugelassen und ab dem 17.10.2005 im Internet veröffentlicht. Die Eingabe wurde von 2924 Mitzeichnern im Internet unterstützt. 70 Mitzeichner haben die Eingabe per Post unterstützt.

Ich kann nicht erkennen, daß der Sachverstand, der bestimmt unter den Mitzeichner vorhanden ist, vom Petitionsausschuß genutzt wurde. Ich muß vermuten, daß nur das BMF – das ich in der Sache für befangen halte – zur Beratung herangezogen wurde.

Im Internetforum hat sich zunächst eine weitgehend sachliche und kontroverse Diskussion mit insgesamt 1332 Diskussionsbeiträgen entwickelt. Am 03.11.2005 musste das Diskussionsforum - mit Einverständnis des Petenten - geschlossen werden, da das Forum durch einige Diskutanten missbräuchlich überwiegend für beleidigende Äußerungen genutzt worden ist.

Hier hätte ich gerne gewußt, von wie viel Mitgliedern und Mitarbeitern des Ausschusses die Beiträge gelesen wurden und wie die Auswertung vorgenommen wurde. Weiter wäre eine Mitteilung darüber interessant, ob unter den Diskutanten mit beleidigenden Äußerungen auch Befürworter der Petition waren. Wenn es so war, kann ich nur um Milde im Urteil bitten. Es ist nicht leicht über Jahre gelassen und fröhlich gegen die Betonmentalität der Politik und abwechselnd herrschenden Lehren anzustinken.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich unter Einbeziehung der Dis-

kussionsbeiträge und einer Stellungnahme des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) wie folgt dar:
Von der Einbeziehung ist, wie ich schon bemerkt habe, nichts zu spüren.

Der Petitionsausschuss kann der Eingabe nicht entsprechen.
.130-Prot. Nr. 16/15

noch Pet 2-15-08-600-'

Das BMF führt in seiner Stellungnahme aus, dass die gemachten Angaben zur Verteilung der Zinseinnahmen nicht für Aussagen zur „Umverteilung“ herangezogen werden könnten, die durch das Zinssystem induziert würde. Mit Ausnahme der Finanzierung der Zinsausgaben der öffentlichen Hand seien keine Angaben zur Verteilung der Zinsausgaben gemacht worden, mithin handele es sich um eine Bruttobetrachtung.

Die Demokratie lebt von der Transparenz. Der Klassenstaat von der Vernebelung der Einkommenströme und Vermögensverteilung. Nach dem Lieblingslehrer von dem Ex-Wirtschaftsminister und Ex-Kanzler Ludwig Erhard, Franz Oppenheimer, ist der Verfassungsstaat auch noch ein Klassenstaat, solange es arbeitsloses Einkommen gibt.⁹ Wenn das BMF hier ein mangelhaftes Zahlenwerk bemängelt, dann soll es sich doch selbst an die Nase fassen und sich zusammen mit der Deutschen Bundesbank und dem Bundesamt für Statistik eine entsprechende Übersicht verschaffen. Es ist doch ein Unding, diese Arbeit unbezahlt ein paar Privatpersonen, oder maximal ein paar „Außenseitern“ unter den Hochschullehrern zu überlassen.

Die Bedeutung des Zinses für die Funktionsfähigkeit der Märkte werde zudem unterschätzt. Zinsen würden als Verbindungsglied zwischen Gegenwart und Zukunft fungieren. Der Zins sei ein Preis für die zeitweise Überlassung des knappen Gutes Geld und der daraus resultierenden Kaufkraft. Damit würde die Präferenz des Kreditnehmers für vermehrte Konsum- oder auch Investitionsmöglichkeiten in der Gegenwart gegenüber den verminderten Verfügungsmöglichkeiten über sein Einkommen in der Zukunft bepreist. In der ökonomischen Theorie würde der Zins daher auch als „Zeitpräferenzrate“ bezeichnet. Privaten Haushalten würde ermöglicht, die Ausgaben flexibel in der Zeit zu verteilen, und daneben könnten Unternehmen Kredite für Investitionen tätigen, deren Erträge wiederum zur Rückzahlung der Zinsen verwendet werden könnten.

Hier kann man sich als Streiter für eine Reform der Währungsverfassung von den Verfassern der Stellungnahme aus dem BMF direkt verarscht¹⁰ fühlen. Ich weiß nicht wie viel Hundertschaften an Mitarbeitern das BMF, und die Ministerien für Arbeit, Wirtschaft und Forschung

9 Der Staat – Eine soziologische Studie, 1990, Abschnitt: Der moderne Verfassungsstaat, ab S. 124

10 Der kräftige Ausdruck ist hier angebracht, um auf die Mißachtung des freibürgerlichen Wissenschaftsengagements durch staatlich ausgehaltene Institutionen angemessen zu reagieren.

haben, wenigstens ein Dutzend Mitarbeiter von ihnen sollte nicht dauernd auf dem Hochschulmond leben und ausschließlich die herrschende Lehrmeinung verfolgen (Die auch nur eine Meinung ist.), sondern auch darauf achten, was sonst noch zu diesem Sachbereich Gedankliches produziert wird. 1994 z. B. Wurde von der Zeitschrift „Der 3. Weg“ unter dem Titel „Der Zins im Kreuzfeuer“ ein Sonderheft herausgegeben. Zu dem Beitrag „Der Zins und sein moralischer Schatten“ von Prof. Dr. Otmar Issing, damals Chefvolkswirt und Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank haben 17 Autoren Stellung bezogen. Issings Beitrag und eine Auswahl aus den 17 Stellungnahmen sind unter www.geldreform.de einsehbar.

Im Register zu den Gesammelten Werken von Gesell in 18 Bänden füllen Stichworte mit Zins und Zins... mehrere Seiten. Das Register des Archives für die Geld- und Bodenreform weist ein Fülle weiterer Titel aus – solche, die aktuell und solche, die schon vor 100 Jahren verfaßt wurden.

Der vom Petenten vorgeschlagene Versuch, in dieses System durch Abschaffung der Guthabenverzinsung (bei Einführung einer konstruktiven Sicherung des Geldumlaufs) einzugreifen, würde im Ergebnis die optimale Allokation des Kapitals verhindern. Nur durch die preisliche Regulierungsfunktion des Marktes könnten die angemessenen Prämien für Konsumverzicht, Risiken und mögliche Erträge bestimmt werden. Im Falle politischen Eingreifens bestünde die Gefahr der Bildung von Schwarzmärkten, denen insbesondere Personen mit geringerem Vermögen, die vom Petenten besonders geschützt werden sollen, ausgeliefert wären.

131-Prot. Nr. 16/15

Von der Abschaffung des Zinses kann gar keine Rede sein. Die konstruktive Umlaufsicherung soll nur die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals auf Null drücken. Das heißt, daß das Geldkapital sich auch dann noch zur Verfügung stellt, wenn der Zins gegen Null sinkt. Die konstruktive Umlaufsicherung ist so einzustellen, daß der Zins als Preis z. B. zwischen -2% und +2% pendelt. Die Allokationsfunktion des Zinses bleibt erhalten. Es sollte an dieser Stelle auch noch gesagt werden, bei der Einführung der konstruktiven Umlaufsicherung geht es um einen Austausch gegen die negativen Umlaufsicherungen Zins und Inflation, denen zudem die Optimierungsmöglichkeit fehlt.

noch Pet 2-15-08-600-

Das BMF weist darauf hin, dass der Politik für den Fall des Wunsches nach einer über das bestehende Maß hinausgehenden Umverteilung besser geeignete Maßnahmen zur Verfügung stünden, die an den Funktionsweisen der Märkte

orientiert seien.

Bitte schön, wo bleibt die Benennung, die Beschreibung und die Erfolgsstatistik dieser Maßnahmen? Soweit der Staat Vermögensbildungsprogramme aufgelegt hat, haben diese Programme doch nichts anderes als hohe Umverteilungskosten (die nicht einmal benannt werden können) bewirkt. Eine Umverteilung gegen den Markt funktioniert einfach nicht. Zudem ist es so, daß unter den gegebenen Umständen eine wirkliche steuerliche Abschöpfung der Kapitaleinkommen nicht möglich ist, weil das Geldvermögen sich dann nicht mehr zur Verfügung stellt und es dann wieder subventioniert werden müßte. Das heißt, dem kleinen Sparer kann man schon den Spargbuchzins – den man als Rückbeute bezeichnen kann – nehmen, weil der Staat hier distanzlos in die Vermögensverhältnisse der Privathaushalte schnüffeln kann. Und ich denke, die Politik wird bei anhaltender knapper Kassenlage auch keine Rücksicht auf jenen Zinsanteil nehmen, der einen Ausgleich für die vom Staat (stellvertretend von der Zentralbank) verursachte Inflation darstellt.

Soweit der Petent die hohe Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte anspricht, könnte dieser nur durch eine nachhaltige Konsolidierung begegnet werden.

Wie die Konsolidierung aussieht, ist ja bekannt. „Der Bund, die Länder und Kommunen verkaufen das Tafelsilber.“ Nicht aus einem ordnungspolitischen Gestaltungswillen heraus wird privatisiert, sondern um die laufenden Kosten noch bezahlen zu können, um noch etwas politischen Gestaltungsspielraum zu gewinnen und um den Anlagesuchenden Geldvermögensdrachen Futter in den Rachen zu werfen, damit dieser nicht Feuer speit. Der Verkauf von Boden aus Gemeinschaftseigentum ist eine Sünde gegen den Geist einer Marktwirtschaft, die ihren sozialen Kern entwickeln soll. Der Verkauf von Wasservorräten und -leitungen, die ein unauflösbares Monopol darstellen, ist ein Verrat kommunaler Vorsorgewirtschaft und ein Freibrief zum „Geld drucken“. Der Verkauf von Stadtbeleuchtungen und Rathäusern mit der anschließenden Anmietung macht ökonomisch nur dadurch einen Sinn, daß die ausländischen Geldanleger dadurch ihren Fiskus schröpfen können. O ja! Dann gibt es ja auch noch die Steuererhöhungen. Ich zahle von meiner schmalen Rente für 2005 über eine Monatsrente mehr an Steuern wie im Jahr 2004. Und der Kostenbeitrag meiner Krankenkasse für meine Beerdigung wurde auch gestrichen. Meine Frau muß jetzt wesentlich mehr Krankenkassenbeiträge zahlen, weil ihre Kasse dadurch notleidend wurde, daß sie Überschüsse aus den Vorjahren zwangsweise an andere Kassen abführen mußte. Wahrlich, ein tolles Konsolidierungsprogramm.

Der Petitionsausschuss hält die Stellungnahme des BMF für nachvollziehbar und sachgerecht. Bei allem guten Willen verkennt der Petent die vom BMF zu Recht beschriebene Funktion des Zinses in einer freien Marktwirtschaft. Zusätzlich ist aus seiner Sicht anzuführen, dass angesichts der globalen Verflechtung der Geld- und Finanzmärkte und angesichts der europäischen Geld- und Währungspolitik ein nationaler Vorstoß Deutschlands im Sinne des Petenten aussichtslos und ein nationaler „Alleingang“ Deutschlands nicht vorstellbar ist.

Die Stellungnahme des BMF ist für mich nicht nachvollziehbar und stellt ein Zeugnis dar für seine Ignoranz. Die Verfasser der Stellungnahme sollten öffentlich benannt werden, damit später in den Geschichtsbüchern einmal mehr gelesen werden kann, wer das Böse in der Bürokratie repräsentiert hat.

Da ich den Verfasser der Petition nicht persönlich und auch nicht vom Schriftgut her kenne, kann ich nicht beurteilen, ob er die Funktionen des Zinses richtig erfaßt hat. Die freiwirtschaftliche Ökonomieschule, von der er zu der Petition angeregt wurde, kann von sich behaupten, daß sie sich mit allen Aspekten des Zinses intensiv befaßt hat.

Die globale Verflechtung der Geld- und Finanzmärkte wird immer angeführt, wenn man gedanklich das Geschehen nicht mehr durchdringt. Die nationale wie die Weltwirtschaft ist sogar mit fixierten Wechselkursen und ihren Störungen zurecht gekommen. Wenn die Wirtschaft Tatbestände nicht (und auch nicht mit kriminellen Machenschaften) ändern kann, paßt sie sich den Gegebenheiten an. Soweit sich die internationalen Finanzmärkte zu Spielhöllen entwickelt haben und dadurch zu internationalen und nationalen wirtschaftlichen Störfaktoren geworden sind, müssen sie so oder so ausgetrocknet werden.

Die europäischen Geld- und Währungspolitik muß und darf kein Hinderungsgrund sein, die Währungsverfassung zu optimieren. Die Methode der konstruktiven Umlaufsicherung kann segensreich auf den ganzen Eurobereich angewendet werden. Natürlich muß dann erst das Prinzip verstanden und vermittelt werden. Der Vorteil läge dann bei allen Europäern und das Modell könnte ein Exportschlager für die Dritte Welt werden. Nutznießer wären sogar diejenigen, die heute ihre Profit aus der Währungsunordnung ziehen, weil sie nicht mehr Gefahr laufen, im vom alten System provozierten europäischen Bürgerkrieg umgebracht zu werden.

Nun könnte es sein, daß sich unsere europäischen Nachbarn verstockt zeigen und die auch ihnen nützliche neue Währungsverfassung nicht wollen. Dann muß Deutschland den Euro-Vertrag aufkündigen, um den Schaden von Deutschland abzuwenden. Wenn der Eurovertrag nicht kündbar ist (Ich kann es im Moment nicht nachsehen, weil ich mein Exemplar des Vertrages verlegt habe.), dann müßte nach meiner Rechtsauffassung gegen die Mitglieder des Bundestages, die dem Vertrag zugestimmt haben, Anklage wegen Landes- oder Hochverrat erhoben werden.

Im Ergebnis kann der Ausschuss keine parlamentarische Initiative im Sinne des Petenten in Aussicht stellen. Er empfiehlt deshalb, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden kann.

Damit die Mitglieder des Petitionsausschusses es später nicht bitter bereuen und ihre Kinder und Enkelkinder sich nicht der Eltern und Großeltern schämen müssen, daß sie die falsche Entscheidung in dieser Sache nicht revidiert haben, sollten sie dafür sorgen, daß das Thema über einen anderen Weg im Parlament zur Debatte gestellt und von allen Seiten beleuchtet wird.

xxxxxxx

4. Einstimmung

»... Die Erde gehört niemandem, auch nicht den Völkern, auch nicht den Staaten. Die Erde, und mit ihr die Kohle, gehört der Menschheit! Alle, ohne Ausnahme, alle Menschen haben das gleiche Recht, sich mit Kohle dort zu versorgen, wo die Kohle gewachsen ist. Uns spreche ich es gerade aus: Es ist Leichtsinn, es ist Unsinn, von Frieden ... zu reden, solange obiger Satz nicht zu einem allgemein anerkannten Menschenrecht wird.«

Silivo Gesell

Aus: „Freikohle: die Formel für den Frieden in Oberschlesien“
Hier zitiert aus Fragen der Freiheit, Heft 261, Jan.-März 2002
> Ökologie – Ökonomie – Politik <

xxxxxxxxx

4. Ansatz der Themenbewältigung

Sehr geehrte Frau Naumann!

Einer der ersten Sätze¹¹, die ich als schreibgehemmter Jüngling, der die Schule in der Kriegszeit eher als Freiheitsberaubung, denn als Wissenbereicherung erlebt hat, zu Papier gebracht habe, war:

Der Schmerz ist die Frage nach dem Warum.
Das Denken ist die Suche nach der Antwort.

Auf die Ökonomie angewendet kann diese Aussage wie folgt formuliert werden: Der Mangel in Form von Hunger, Wohnungslosigkeit, Armut, Arbeitslosigkeit, Geldentwertung etc. ist die Frage nach dem Warum. Die Theoriebildung ist dann der Versuch, einer Antwort sowohl auf das Warum, wie auch nach der Überwindung des Mangels zu finden.

Wenn man in der Geschichte der Volkswirtschaftslehre blättert, dann kann man den Eindruck gewinnen, daß eine neue Theorie immer der Versuch war, eine letztlich unbefriedigende vorhergehende Theorie zu korrigieren. Ich will mich hier nun gar nicht als der große Theoriekenner aufspielen, der ich nicht bin, aber mein Eindruck ist doch der, daß den verschiedenen Theorien Elemente der Befreiung für alle Mitglieder einer Gesellschaft, der Konservierung von bestimmten Klassen oder Umkehrung der Klassenverhältnisse durch einen revolutionären Akt oder Prozeß zugeordnet werden können.

Sicher würde das politische und das ökonomische Handeln leiden, wenn in kurzen Zeitabständen die herrschenden Theorien ausgewechselt würden. Aber glücklich müßte ein Volk sein, dem es gelänge, die Anpassung der Ökonomie entsprechend neuen Einsichten permanent in so kleinen Schritten vorzunehmen, daß sie als Veränderung gar nicht als störend oder umwälzend wahrgenommen wird. Die gesellschaftlichen Spannungen durch die einst auch der Marxismus entstanden ist, würden gar nicht entstehen. Die notwendigen Anpassungen einfach aufhalten zu wollen, heißt, die gesellschaftlichen Veränderungskräfte sich so lange kumulieren zu lassen, bis sie eine soziale Explosion auslösen. Der Preis für derartige Veränderungen ist aber der Tod und das Verderben für unzählige - meist unschuldige - Menschen. Der Inhalt von Geschichtsbüchern besteht ja zum großen Teil aus solchen Berichten. Hätten wir im 19. Jahrhundert eine leistungsfähigere Sozialwissenschaft gehabt, dann würde nach meiner Einschätzung aus den beiden unterschiedlichen Ansätzen von Marx (1818 – 1883) und Proudhon (1809 – 1865) zur Überwindung ökonomischer Not eine freiheitlichere und humanere

¹¹ Und auf die letzten Sätze muß ich mich wohl bald einstellen.

Leitidee für ihr politisches Handeln entwickelt worden. Daß die Geschichte des Marxismus, trotz entgegengesetzter Zielsetzung eine Geschichte der Unterdrückung und des Todes mit fragwürdigem Erfolg war und an wenigen Orten dieser Welt noch ist, wissen wir. Doch der Marxismus war keine geschichtliche Panne, sondern das Ergebnis von Unterlassungen, Hartherzigkeit und geistiger Blindheit. Auch kann man den Marxismus nicht einfach Marx anlasten. Nichts kann einem großen Denker gefährlicher werden, als wenn Schüler blind seine Lehren übernehmen. Ich sehe unsere heutige Sozialwissenschaft und Gesamtgesellschaft in einer ähnlichen Situation wie sie zur Zeit von Marx und Proudhon war, ohne Kraft zur Klärung und Orientierung. Obwohl es viel zu klären gibt, wird die heutige Situation durch viele gut bezahlte und wenig nützliche Gremien und Gutachten vertuscht. Ich glaube nicht, daß die Wirtschaftswissenschaft bessere Ergebnisse zu Tage fördert, wenn man ohne harte Auflagen mehr Geld in sie hinein pumpt. Der bessere Ansporn kommt durch Streichung der Mittel, die mit der Trompete angekündigt werden sollten, damit es auch alle mitbekommen. Das macht die Herr- und Damenschaften – in der Regel liebenswerte Leute – wach.

Neues in der Wissenschaft ist meistens mit einer bestimmten Person verbunden. Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, von einem Kollektiv gehört zu haben, das eine neue ökonomische Erkenntnis zu Tage gefördert oder eine Ökonomieschule begründet hätte. Eine solche Person war auch Silvio Gesell. Wenn ich mich richtig erinnere, war es sein Selbstverständnis, daß er nicht etwas erfunden, sondern gefunden hätte. Und das, was er gefunden hätte, wäre nicht sein, sondern des Volkes oder der Menschheit Eigentum. Daß er als Kaufmann nicht gleich an eine patentrechtliche Verwertung seiner Denkergebnisse gedacht hat – wie heute viele Wissenschaftler – macht ihn ja durchaus sympathisch. Hinter der Äußerung, daß das, was er gefunden hat, der Menschheit gehört, steht natürlich auch ein ganz großer Anspruch in Bezug auf die Qualität des Gefundenen. Im Laufe der Zeit haben viele Menschen nachdenkend nachempfunden, was Gesell gemeint hat. Es waren aber immer zu wenig, um daraus eine politische Prägekraft werden zu lassen. Zum Teil hängt das damit zusammen, daß sich der Marxismus auch dann noch als politische Leitidee behaupten konnte, als schon lange seine Untauglichkeit zur konstruktiven Gesellschaftsveränderung zu erkennen war. Auf der anderen Seite war Gesell den Liberalen und Konservativen verdächtig oder unverständlich, weil er den Kapitalismus von der marktwirtschaftlichen Seite her kritisierte. Das Gute an Gesell ist, man muß ihm nicht glauben, sondern kann ihn bei einem marktwirtschaftlichen Vorverständnis nur als Stichwortgeber benutzen, um durch eigenes Denken zu gleichen Ergebnissen zu kommen. Gesells und die der Deutschen Tragik war, daß er und seine Mitstreiter seine Er-

kenntnisse nicht schnell genug in einem allgemeinen wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Stand heben konnten. Sein Wissen um die Zusammenhänge in Währungen hätten zur rechtzeitigen Abschaffung der Goldwährung vor dem 1. Weltkrieg führen können. Aus meiner Sicht war der Zwang zu Exportüberschüssen der westlichen Länder in wachsenden Wirtschaften mit einem Goldwährungssystem die Hauptursache für den 1. Weltkrieg. Als Lenin sich auf den Weg machte, um Rußland durch eine Revolution umzukrämpeln, war Gesell klar, daß das Projekt scheitern mußte. Es soll von seiner Seite Bemühungen gegeben haben, Lenin mit einem besseren Programm zu versorgen. Das mag naiv sein, weil einer der sich auf den revolutionären Weg begeben hat, keine Zeit und Kraft hat, über das nachzudenken, was er vor hat. Das ist ja auch das Problem der Regierenden überhaupt, daß das Regieren nicht genügend Raum für die Reflexion läßt. Und wenn eine Opposition sich damit begnügt, nur darauf zu warten, daß sich die Regierung verbraucht, dann kann der nächste Regierungswechsel keinen Fortschritt bringen. Ich denke, daß hier einer der Gründe für die Wahlmüdigkeit bei uns liegt. Schauen wir uns jetzt mal an, was Gesell 1918 schrieb:

Offener Brief an die Berliner Zeitung am Mittag (1918)

Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten trotz des Rufs der Millionen: 'Nie wieder Krieg!', entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft, beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: 'Arbeitssuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen.' Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.

Gesell zeigt hier die Wirkungen der fallenden Profitrate im Kapitalismus auf. Die Wirkungen gelten allgemein. Deshalb war der zweite Weltkrieg auch eine Notwendigkeit für andere westliche Staaten, besonders für die USA. Aber bevor in Deutschland die Wirkungen der fallenden

Profitrate einsetzen konnten, wurde erst die Gesellschaft und dann die Demokratie durch die Inflation und dann durch die Deflation zerstört. Das Wissen, beide zerstörerischen Kräfte zu vermeiden, war in der Freiwirtschaftsschule vorhanden. Die Demokraten waren aber nicht in der Lage, sich dieses Wissen der Außenseiter anzueignen. Besonders tragisch ist, daß die SPD das neue Wissen mit Parteiausschlußverfahren bekämpft und somit der NSDAP den Weg bereitet hat, deren Opfer sie dann auch selbst wurde. Und noch wichtiger ist, daß Gesell wohl der einzige Ökonom war, der klar sagte, daß die ökonomischen Schwierigkeiten institutionell oder strukturell bedingt sind, und daß es eine große Ungerechtigkeit sei, diese den Juden anzukreiden. Wenn man das alles bedenkt, kann man verstehen, was ich meine, wenn ich sage, daß die ökonomisch Ignoranz tödlicher ist als das Giftgas der Nazis.

Wenn heute der Begriff *Soziale Marktwirtschaft* nur noch eine propagandistische Worthülse ist, dann hängt das viel damit zusammen, daß nach dem zweiten Weltkrieg die Zeit der Kooperation zwischen den Ordoliberalen (Neoliberalen erster Prägung) und den Freiwirtschaftlern in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft - aufgrund von Ausfällen durch den Tod von Akteuren und der Wucht der Restauration - zu kurz war. Die Sozialwissenschaftler haben viel Zeit gehabt, die Inhalte der verschiedenen Schulen abzugleichen und das Beste daraus zu machen. Sie haben es nicht getan, sondern leben ihre Neigung aus, ausschließlich eine Schule zu verteidigen oder mit dem Strom zu schwimmen. Die Schulbildung innerhalb der Wissenschaften schadet nichts, solange dadurch ein Wettbewerb um Erkenntnisse gespeist wird. Wenn aber Schulen zu Parteien werden oder zu Hilfsorganen von politischen Parteien, dann ist es um die Wissenschaftlichkeit der Sozialwissenschaftler geschehen. Ich spreche ausdrücklich nicht nur von Wirtschaftswissenschaft, sondern von Sozialwissenschaften, weil ich hier eine ideelle Gesamthaftung für die Zustände sehe.

xxxxxx

Ausklang

Es ist an der »Zeit sich nach einem Gesetzbuch... umzusehen..., nach dem der philosophische Untersuchungsgeist durch die Zeitumstände so nachdrücklich aufgefordert wird, sich mit dem vollkommensten aller Kunstwerke, mit dem Bau der wahren politischen Freiheit, zu beschäftigen.«

Friedrich Schiller

Aus: Die Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft für die Gegenwart – sieben Thesen
Arbeitskreis für Sozialwissenschaft Bad Boll, 1981

xxxxxx

Sehr geehrte Frau Naumann!

Ich komme zum Schluß. Ich weiß nicht, ob Sie überhaupt auf meine Ausführungen reagieren und wie Sie mit ihren Kolleginnen und Kollegen intern im Petitionsausschuß und in Ihrer Fraktion damit umgehen. Das ist auch nicht mein Problem. Mein Problem war, noch einmal zu versuchen, in verständlicher und eindringlicher Form die Bedeutung des Gegenstandes zu vermitteln. Ich habe versucht, dieses Problem zu lösen, so gut ich konnte. Der Ausschuß und der Bundestag sind hoffentlich autonom in der Entscheidung, ob sie den Gegenstand dieses Schreibens behandeln wollen oder nicht. Nur die Folgen einer Nichtbeachtung der geschilderten ökonomischen Zusammenhänge - kann sich der Petitionsausschuß, die Fraktionen oder der Bundestag als Ganzes nicht frei wählen.

Nur wenn sich der Bundestag absolut stur stellt, dann sollte er so ehrlich sein und den Tag der deutschen Einheit in *Tag der Denkblockade des Deutschen Bundestages* umbenennen. Die Bürger würden dann wenigstens einmal im Jahr daran erinnert werden, daß die Mitglieder des Deutschen Bundestages über die ungeahnten Entwicklungsmöglichkeiten der Republik, Europas und der Welt nicht nachdenken wollen oder können.

Ich sende Kopien an die im Briefkopf angeführten Verfassungsorgane und füge den Text auf meiner Internetstartseite in der Rubrik „Texte / Arbeiten“ unter der Nr. 37.2 ein. Es ist sicher der xte Versuch, staatliche Organe auf vernachlässigte oder gar mißachtete Erkenntnisse der Freiwirtschaftschule aufmerksam zu machen.

Wird das Volk zu sehr in die ökonomische Enge getrieben, wird es wieder irrational reagieren, weil es keinen anderen Ausweg sieht. Und nach der nächsten Katastrophe wird das Volk dann wieder von denen beschimpft werden, die es in die Enge getrieben haben.

Es ist alles wie in einem Horrorfilm. Eine Situation mit 1000 positiven Entwicklungsmöglichkeiten wird verhindert oder ins Gegenteil verkehrt, weil an einer Stelle – nicht aus Böswilligkeit, sondern aufgrund einer falschen Orientierung - eine Weiche falsch gestellt wurde.

Ich wünsche Ihnen trotz allem Gesundheit und einen frohen Mut für Ihre Arbeit.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Anlage: CD-ROM mit Textauswahl zum Thema